

Es geht nicht nur um Geld, sondern um soziale Gerechtigkeit

Dr. Rainer Rothe, Mitglied des Vorstandes

Das Objekt ist kompliziert, aber doch überschaubar und machbar, hatte Frank Bsirske, der Bundesvorsitzende von verdi, in seinen Eingangsbemerkungen zu einem Ostrentengipfel des „Bündnisses für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“ festgestellt.

Es war bereits der sechste Workshop, den das Bündnis – ihm gehören Gewerkschaften und Sozialverbände an – veranstaltete. Ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahlen wollten die über 200 Teilnehmer wissen, welche Lösungen die Parteien für die immer noch ausstehende Rentenangleichung anstreben. Die Teilnahme der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Manuela Schwesig, sowie von Mitgliedern der Bundestagsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE gaben dem Forum ein besonderes Gewicht. Trotz ausdrücklicher Einladung hatten die Vertreter von CDU/CSU und FDP im Bundestag – rein vorsorglich aus Termingründen – sich einer Teilnahme entzogen. Eine Unverschämtheit nannte das Matthias Birkwald (DIE LINKE). Viele Anwesende sahen im Verhalten der Regierungskoalition eine Arbeitsverweigerung, denn das Versprechen der Kanzlerin auf dem 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig am 8. Juni 2009 war noch gut in Erinnerung: „Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn sie nicht nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird“. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein“. Tatsächlich klafft nun zum Abschluss der Legislaturperiode noch immer eine Lücke von ca. neun Prozent zwischen den Rentenwerten zu Lasten der ostdeutschen Rentner. Bekundungen und Versprechungen gibt es in großen Mengen, Gutachten belegen eine sich dramatisch zuspitzende Situation für Rentner und vor allem für jüngere Jahrgänge. Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass es sich nicht um neue sozialpolitische Phänomene handelt, sondern um ein noch unerledigtes Versprechen aus dem Einigungsvertrag. Das Ostrentenrecht wurde dort

ausdrücklich als Übergangsrecht bis zum Erreichen einheitlicher Einkommensverhältnisse bestimmt. Das Versprechen zur Angleichung der Renten – so einzelne Teilnehmer – unabhängig von den noch weit auseinander klaffenden Einkommensverhältnissen hat viele Erwartungen geweckt, aber „versprochen/ gebrochen“. Zustimmung erhielt Manuela Schwesig zu ihrer Feststellung, dass die Unterschiede zwischen Ost und West nicht zu erklären seien, letztendlich gehe es um eine Frage der Gerechtigkeit und „es kann nicht sein, dass gleiche Lebensleistung nicht gleich anerkannt wird“. Sie nutzte ausgiebig die Möglichkeit, all das aufzuzählen, was die SPD alles tun will, wenn sie im September Regierungsverantwortung übernehmen sollte, vom Mindestlohn über die Solidarrente bis zu einem Stufenplan für die Angleichung des Rentenwertes Ost.

Einige Teilnehmer forderten allerdings von der SPD mehr Glaubwürdigkeit, denn in der Koalition mit den Bündnisgrünen von 1998 bis 2005 hätte diese nichts zur Rentenangleichung beigetragen, stattdessen aber den Sozialabbau gefördert. Dem konnte auch Wolfgang Strengmann-Kuhn, der Vertreter der Bündnisgrünen nicht widersprechen und sprach sich für eine Rentenangleichung „so schnell wie möglich“ aus. Wohl am überzeugendsten stellte Matthias Birkwald die wahlprogrammatischen Vorstellungen seiner Partei zum Thema dar. In einer von verdi den Teilnehmern übergebenen Broschüre „Die Aussagen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 auf dem Prüfstand – Alterssicherung“ wird der Partei DIE LINKE bescheinigt, dass ihr Wahlprogramm (Entwurf) „vorbildlich“ sei, „da alles Wünschenswerte enthalten ist“.

Allerdings fehle es an realistischen Umsetzungsstrategien. Birkwald verwies darauf, dass das sogenannte verdi-Stufenmodell in vielen Aussagen mit dem Programmentwurf übereinstimme, es von seiner Fraktion auch eingebracht, aber von der SPD und den Bündnisgrünen abgelehnt wurde. Grundsätzlich stellte er klar, es sei nur eine solche Lösung denkbar, „die den heutigen Rentnern im Osten etwas bringt und den Westrentnern nichts wegnimmt“.

An seine anderen Bundestagskollegen gewandt, die alle ausdrücklich für eine positive und baldige Regelung der Rentenangleichung votierten, warnte er: „Passen sie gut auf, was sie versprechen“. Von den gleichen Adressaten forderte eine Teilnehmerin: „Sagen sie nicht aus Prinzip nein, wenn die LINKEN etwas vorschlagen, was zu ihren Vorschlägen passt,“ und erhielt dafür viel Beifall.

Das Thema „Rentenstrafrecht“ war in der Beratung nicht vorgesehen und die Veranstalter unternehmen wohl auch alles, um es auszuklammern. Es entstand der Eindruck, dass das Thema eher als unpassend und peinlich empfunden wurde.

Die Frage eines Teilnehmers nach der Position der Parteien zu den „Abschließenden Bemerkungen“ der Vereinten Nationen zum 5. Staatenbericht der BRD und der Forderung nach Beendigung der Diskriminierung Ostdeutscher wegen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit (mit verhaltener Zustimmung der Teilnehmer bedacht) wurde einfach negiert. Das ist umso unverständlicher, da der Kampf gegen das Rentenstrafrecht von uns immer auch als Teil für eine umfassende Rentengerechtigkeit verstanden und auch gelebt wird. Solidarität sieht wohl anders aus, sie ist keine Einbahnstraße und viele Aktivitäten in den Territorien belegen das auch.

Ein Fazit des Ostrentengipfels: Das Thema soziale Gerechtigkeit wird erst dann erledigt sein, wenn diese auch erreicht ist. Der Moderator Klaus Michaelis vom Sozialverband Deutschland glaubte abschließend eine „hohe Einigkeit“ in den Äußerungen der Parteivertreter festzustellen und war optimistisch: „Da muss ja auch etwas möglich sein“.

*

Verdi kündigte an, eine Dokumentation über den Ostrentengipfel zu erstellen und diese unter www.sozialpolitik.verdi.de zum Herunterladen zur Verfügung zu stellen.

Ausführlicher Bericht siehe www.isor-sozialverein.de / bei anderen gelesen

Aus der Arbeit des Vorstandes

In Beantwortung wiederholter Anfragen erläuterte Rainer Rothe, dass Nachfragen beim Bundesverfassungsgericht, wann mit einer Behandlung unserer Verfassungsbeschwerden zu rechnen sei, nicht sinnvoll sind.

*

Rainer Rothe berichtete, dass die Versorgungsträger in einer gemeinsamen Beratung ihren Standpunkt bekräftigt hätten, Zulagen und Zuschläge für die Rentenberechnung nicht anzuerkennen. Ein baldiges Urteil des BSG wird angestrebt und gegen Ende des Jahres erwartet.

*

Manfred Krumbholz erstattete den Bericht der Revisionskommission. Sein Vorschlag, dem Schatzmeister für das Finanzjahr 2012 Entlastung zu erteilen und für seine zuverlässige Arbeit zu danken, wurde vom Vorstand bestätigt.

*

Der Geschäftsführer erläuterte den vorliegenden Bericht über die Mitgliederbewegung. ISOR hatte mit Stand vom 31.03.2013 insgesamt 19.642 Mitglieder.

*

Der Geschäftsführer informierte über die Reaktion auf das Angebot, **ISOR aktuell** in der vollständigen Fassung jetzt per E-Mail zu beziehen. Davon machten bisher (Stand 28.05.2013) 30 ISOR-Mitglieder Gebrauch.

*

Die GBM hat in einer Erklärung die Ratifikation des Fakultativ-Protokolls zum Sozialpakt der UN durch die BRD gefordert. Da-

mit würde auch für in Deutschland lebende Menschen der Weg der Individualbeschwerde bei der UN eröffnet. Die Eberhard-Schulz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation in Westberlin, gegründet von einem bekannten Menschenrechtsanwalt, hat in der gleichen Sache eine Unterschriftensammlung initiiert, an der sich ISOR beteiligen wird. Die TIG werden entsprechend informiert.



Die Entwicklung der **TIG Chemnitz** ist bis heute u. a. geprägt durch die aktive Rolle und die Solidarität vieler ehemaliger Angehöriger der DVP und des Strafvollzuges. Das war uns Veranlassung für eine Zusammenkunft mit Mitgliedern der TIG, die wie Horst Parton sagte, „ISOR die Treue halten, obwohl ihr Rentenproblem längst geklärt ist“.

Gewürdigt wurde das aktive Wirken dieser Freundinnen und Freunde für die Gründung und die Fortentwicklung der TIG, zur Lösung der Aufgaben unseres Vereins, besonders des Beitrages zur Beseitigung der politischen und sozialen Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Viele Mitglieder der TIG aus den Reihen der DVP und anderer Organe des Mdl der DDR sind langjährig als Mitglieder des Vorstandes, als Gruppenbetreuer, Kassierer oder in Arbeitsgruppen tätig.

Für diese andauernde Solidarität haben wir ihnen den Dank des Vorstandes der TIG und aller nach wie vor vom Rentenstrafrecht betroffenen Mitglieder der TIG gesagt. Wir sehen es als Verpflichtung an, diese Solidarität auch den Angehörigen unserer Mitglieder und auch jenen Mitgliedern zu vermitteln, die zu resignieren beginnen. Die Teilnehmer äußerten ihre Zustimmung zu dieser Form der Zusammenkunft und unterbreiteten Vorschläge für die weitere Arbeit in der TIG.

So wurde angeregt, derartige Veranstaltungen zu wiederholen. Sie bieten Gelegenheit, sich zur Vereinsarbeit, zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen, aber auch zu persönlichen Fragen auszutauschen. Vorgeschlagen wurde, Zusammenkünfte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe

der DDR, die nicht von ISOR organisiert sind, zu nutzen, um uns dort bekannt zu machen und nach Möglichkeiten zu suchen, daran teilzunehmen. Es sollten weitere Lösungen gefunden werden, Kontakte zwischen ISOR - Mitgliedern und darüber hinaus zu erweitern (z.B. innerhalb der Volkssolidarität, von Gartenvereinen usw.).

Wichtig bleibt eine qualifizierte, sachbezogene Informationstätigkeit zu den Mitgliedern der TIG. Hierzu werden wir u. a. Wege finden, Inhalte des verfassungsrechtlichen Gutachtens von Prof. Dr. Dr. Merten allen Mitgliedern weiter bekannt zu machen, damit sie auch weiter von der Richtigkeit unseres Weges überzeugt bleiben. Empfohlen wurde nicht zuletzt, Möglichkeiten zu schaffen, damit Mitglieder gegenseitige Hilfe und Unterstützung organisieren können und sich „einfach zu einem Gespräch“ untereinander treffen können. Diese Anregungen zeigen nicht zuletzt die Bereitschaft, auch künftig an der Entwicklung von ISOR aktiv teilnehmen zu wollen.

Wir sind uns bewusst, dass wir diese Solidarität weiter zu fördern haben.

Peter Eichler

*

Die **TIG Rügen** führte am 25.05.2013 eine Beratung mit den Funktionären zum Thema „Wie ist der Stand im Kampf gegen das Rentenstrafrecht?“ durch. Der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Horst Bischoff informierte uns über den aktuellen Stand. In seinen Ausführungen und der anschließenden Diskussion wurde herausgearbeitet, dass gerade jetzt keine Resignation aufkommen darf, die Solidarität auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben muss und die Betreuung der Mitglieder und

der hinterbliebenen Ehepartner als oberstes Gebot angesehen wird. In Anerkennung ihrer langjährigen und zuverlässigen Arbeit überreichte Prof. Dr. Horst Bischoff drei Mitgliedern eine Ehrenurkunde.

Manfred Pietschmann

Am Donnerstag, den 25. Juli 2013, führt die **TIG Erfurt** ihre Jahresmitgliederversammlung durch, zu der Mitglieder der Rotfuchs-Regionalgruppe Erfurt - Weimar, Vertreter unserer befreundeten AG sowie Delegationen der angrenzenden TIG Arnstadt, Gotha-Waltershausen, Mühlhausen, Weimar, Sondershausen und Sömmerda eingeladen sind, um in Vorbereitung der Vertreterversammlung der ISOR am 21. und 22. 10. 2013 unsere weiteren Aufgaben zu beraten.

Teilnehmen wird auch eine Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE, um über das Wahlprogramm für die Bundestagswahl zu berichten und Fragen unserer Mitglieder zu beantworten.

Ort: Versammlungsraum der Gartenanlage „Dahlie“, Friedrich-Engels-Straße Beginn: 14.30 Uhr

Dietrich Reichardt

In Fortsetzung der Themenreihe zu aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen der Welt hat die **TIG Köpenick** am 22. Mai 2013 Günter Mauersberger, ehemaliger Botschafter der DDR und heute aktiv in der Nichtregierungs- und Friedensorganisation „Nahost Forum“ tätig, zur Einschätzung der komplizierten und bedrohlichen Lage in Nahost eingeladen.

In seinen interessanten, fundierten Ausführungen wurde deutlich, wie die führenden Westmächte versuchen, die Ereignisse des sogenannten arabischen Frühlings für die weitere Veränderung der geostrategischen und geökonomischen Lage

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 3

Zwischenruf

Dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gefiel der heurige Tag der sudetendeutschen Landsmannschaften so gut, dass er anregte, einen „Tag der Vertriebenen“ künftig in der ganzen Bundesrepublik als Gedenktag einzurichten. Wenn jemand etwas dagegen hätte, trotzte er, würde man das eben nur für Bayern einführen.

Nun ist zu wünschen, dass Seehofers Vorschlag überall Zustimmung findet: Ein Gedenktag für die ab 1939 von über einer Million polnischer Bauernhöfen Vertriebenen, die zur Fronarbeit nach Deutschland oder ins Gas geschickt wurden. Ein Gedenktag für die Millionen unschuldiger Menschen in Europa, die durch deutsche

Faschisten und ihre Quislinge ihre Heimat verloren. Als Folge des faschistischen Terrors traf es schließlich auch unschuldige Deutsche, die die faschistische Wehrmacht auf ihrem Rückzug vor sich hertrieb.

Wer also von Vertreibung und Schuld spricht, darf über die Ursachen nicht schweigen. Und wenn er ein Deutscher ist, sollte er umso mehr dafür eintreten, dass der Krieg als Verursacher von Tod, Vertreibung und menschlichem Elend aus unserem Leben vertrieben wird. Das ist die einzige Vertreibung, die akzeptabel ist. An sie muss jeden Tag gedacht werden.

w.k.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 2

zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie vor allem mit der Unterstützung der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars gezielt einen Keil zwischen dem Zweckbündnis Russland und China entlang der Grenzen des ehemaligen osmanischen Reiches treiben. Dies betrifft das riesige Gebiet von Nordafrika, berührt Irak und Iran bis zu den postsowjetischen Staaten Turkmenien, Usbekistan, Kirgisien und Kasachstan, die vorwiegend islamistisch geprägt sind. Die unterschiedlichen Haltungen und Handlungen im gegenwärtigen syrischen Bürgerkrieg von Seiten der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Israels einerseits sowie von Russland, China und Iran andererseits kann man so besser erkennen. Dabei wurde deutlich, dass der Krieg zur Lösung der brennendsten Probleme der Menschen in Nahost keine Alternative ist, vielmehr die Lage verschärft und letztlich unseren gesamten Erdball nah an den Rand eines erneuten Weltbrandes führen kann. Darum können all diese Konflikte nur mit friedlichen Mitteln auf dem Wege von Verhandlungen aller beteiligten Seiten entschärft und bereinigt werden. Die Anwesenden waren sich einig, dass in den Medien solche Meinungs austausche unentbehrlich wären und dass wir uns deshalb dabei auch zunehmend auf gestandene Genossen und Freunde berufen sollten.

Ruth Werner hat uns einmal in einem Forum ans Herz gelegt, dass man zwar eine besondere Gabe entwickeln kann und muss, zwischen den Zeilen zu lesen, aber ohne Herz und Verstand zu seiner Klasse geht das gar nicht. Wenn man so herangeht, dann versteht man besser, warum beispielsweise vor wenigen Tagen der BND mit einem Langstreckenjet in Damaskus gelandet ist, Großbritannien allen Aufständischen Waffen liefern möchte, und die EU starke Kräfte aus den USA im Nacken hat.

Für uns als ISOR-Aktivistinnen war dieses Forum ein logisches Bedürfnis nach politischer Klarheit in Anknüpfung an viele interessante Gespräche in der Vergangenheit
Dieter Tuschinski

Lesenswert

Bernd Biedermann, Hans-Georg Löffler
**Militärs der DDR im Auslandsstudium
Erlebnisberichte, Dokumente, Fakten**

Steffen Verlag, 330 Seiten
ISBN 978-3-942477-29-1
Preis 19,95 €

Sonst als Einzelautoren bekannt, haben sich die beiden ehemaligen Offiziere der NVA zusammengetan, um 20 Absolventen sowjetischer Militärakademien sowohl mit sachlich-fachlichen als auch mit persönlich-familiären Schilderungen ihres Studienaufenthaltes zu Wort kommen zu lassen. Zwischen Horst Stechbarths erster Delegation 1951 und Rolf Zanders Bericht über den letzten Offizierskursus an der „Genschtab“ (Generalstabsakademie) von 1989-90 findet auch der interessierte Nicht-Militär aufschlussreiche Bilder vom Alltagsleben in der UdSSR, deren Glorifizierung in den Medien der DDR nicht zu überbieten war. Die Militärs der DDR sind aber damit zurecht gekommen und wurden gerade durch die Akzeptanz der realen Dienst- und Lebensverhältnisse zu Freunden von Land und Leuten. Für die knapp 5000 ehemaligen NVA-Absolventen sowjetischer militärischer Bildungseinrichtungen ist es ein Buch guter Erinnerungen, was auch für Absolventen aus Mdl, Zivilverteidigung und Zollverwaltung gelten mag. **w.k.**

*

Karl-Heinz Schmalfuß

Gedanken zum 100. Geburtstag von Armeegeneral a.D. Friedrich Dickel

(GRH-Information Nr. 1/2013)

20 Seiten, Bezug über Geschäftsstelle der GRH oder von ISOR

Mit einem Aufsatz über den ehemaligen Innenminister der DDR zu seinem 100. Geburtstag meldet sich ein profunder Kenner der Materie und des Ministers als Zeitzeuge zu Wort. Der Autor war viele Jahre Leiter des Büros des Ministers und schließlich bis zum Ende der DDR Stellvertreter des Ministers. „Schmalfuß schildert anschaulich, wie das Wirken Friedrich Dickels eng mit der Aufgabenerfüllung der Deutschen Volkspolizei verbunden war“, sagen GRH-Vorsitzender Hans Bauer und der Leiter der AG Information der GRD, Herbert Damm, im Vorwort. Sie möchten alle Angehörigen der DVP für ihren Einsatz danken. Diese Studie von Generalleutnant a.D. Karl-Heinz Schmalfuß kann unter www.grh-ev.org heruntergeladen werden. **H.B.**

Von Mitglied zu Mitglied

Hotel-Pension in der Lausitz, mitten im Grünen. Speisen im neuen Wintergarten!
Z.B. 7 ÜHP 259 €, FeWo ab 75 €.
Auch VP mgl. Prosp.035894 30470
e-Mail: info@pensionweiser.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 29.05.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.06.2013

Einstellung im Internet: 05.07.2013

Auslieferung: 11.07.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

